

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Jahrgang 2017

Ausgegeben zu Münster am 22. August 2017

Nr. 23

<i>Inhalt</i>	Seite
1. Änderungsordnung zur Prüfungsordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für das weiterbildende Masterstudium „Marketing Executive Program“ vom 18. Januar 2016 vom 25 Juli 2017	1889
Zweite Ordnung zur Änderung der Ordnung für das Praxissemester der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 10. Juni 2014 vom 26.07.2017	1912
Verwaltungs- und Benutzungsordnung für das Zentrum für Niederlande-Studien der WWU vom 23.06.2017	1922

Herausgegeben vom
Rektor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
Schlossplatz 2, 48149 Münster
AB Uni 2017/23
<http://www.uni-muenster.de/Rektorat/abuni/index.html>



1. Änderungsordnung zur Prüfungsordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für das weiterbildende Masterstudium „Marketing Executive Program“ vom 18. Januar 2016

vom

25. Juli 2017

/

Neufassung zur „Prüfungsordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für das weiterbildende Masterstudium „Marketing“ (MBA) vom 25. Juli 2017“

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG -) in der Fassung des Hochschulzukunftsgesetzes vom 16. September 2014 (GV. NRW. 2014, S. 547) hat die Westfälische Wilhelms-Universität die folgende Prüfungsordnung erlassen:

Artikel I

Die Prüfungsordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für das weiterbildende Masterstudium „Marketing Executive Program“ vom 18. Januar 2016 (AB Uni 2016/02) wird, unter Neufassung der bisherigen § 1, § 2 Satz 1, § 3, § 4, § 6 Absätze 1 und 4, § 7 Absatz 4 Satz 1, § 8 Absatz 2 Satz 1 a), § 8 Absatz 3 Satz 1 a), § 9 Absatz 1 Satz 1, § 12, § 13 Absatz 5, § 14 Absatz 7, § 16 Absatz 2 Satz 1, § 19 Absatz 2 und § 19 Absatz 3, insgesamt wie folgt neu bezeichnet und gefasst:

**„Prüfungsordnung
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
für das weiterbildende Masterstudium „Marketing“ (MBA)
vom 25. Juli 2017**

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Geltungsbereich**
- § 2 Ziel des Studiums**
- § 3 Hochschulgrad**
- § 4 Zugangs und Zulassungsvoraussetzungen / Bewerberauswahl**
- § 5 Regelstudienzeit, Studienbeginn, Studienumfang**
- § 6 Aufbau des Studiums**
- § 7 Prüfungsleistungen**
- § 8 Abschlussprüfung**
- § 9 Erwerb des Hochschulgrades, Gesamtnote**
- § 10 Versäumnis, Ordnungsverstoß**
- § 11 Ungültigkeit der Prüfung**
- § 12 Wiederholung von Prüfungsleistungen**
- § 13 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen**
- § 14 Prüfungsausschuss**
- § 15 Prüfer/Prüferinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen**
- § 16 Abschlusszeugnis und Verleihung des Hochschulgrades**
- § 17 Aberkennung des Hochschulgrads**
- § 18 Einsicht in die Studienakten**
- § 19 Inkrafttreten und Geltungsbereich, Übergangsregelungen**

§ 1

Geltungsbereich

Diese Prüfungsordnung regelt die Prüfungen für das weiterbildende Masterstudium „Marketing“ (MBA) an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

§ 2

Ziel des Studiums

Das Studium „Marketing“ ist ein weiterbildendes Masterstudium. Das Studium dient der wissenschaftlichen Vertiefung und der berufsbezogenen Ergänzung von Fachkenntnissen und Erfahrungen durch praxisbezogene Lehrangebote und Studienformen auf den Gebieten der Betriebswirtschaftslehre, insbesondere des Marketing für Studierende, die gem. § 4 Abs. 1 bereits ein wissenschaftliches Studium absolviert und Erfahrungen in einer beruflichen Tätigkeit, insbesondere im Marketing und Vertrieb, gewonnen haben. Die Studierenden sollen vor allem den aktuellen Erkenntnisstand sowie Kenntnisse der grundlegenden Methoden und neueren Entwicklungen des Marketing erlernen. Das Studium verfolgt darüber hinaus das Ziel, den Studierenden die Fähigkeit zum Lösen komplexer Problemstellungen, Teamfähigkeit sowie interkulturelle Kompetenz zu vermitteln.

§ 3

Hochschulgrad

Bei erfolgreicher Erbringung der für das Studium erforderlichen Prüfungsleistungen verleiht die Westfälische Wilhelms-Universität Münster nach § 66 Abs. 1 und 6 HG den Hochschulgrad „Master of Business Administration“ (MBA).

§ 4**Zugangs und Zulassungsvoraussetzungen**

- (1) Auf Antrag werden Bewerber/-innen zum weiterbildenden Masterstudiengang „Marketing“ (MBA) zugelassen, die
- a) die an einer Hochschule im In- oder im Ausland einen einschlägigen ersten berufsqualifizierenden Abschluss im Sinne von Abs. 2 erworben haben,
 - b) über eine qualifizierte einschlägige, i.d.R. zweijährige Berufserfahrung verfügen, die wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse voraussetzt,
 - c) die Kenntnisse der englischen Sprache besitzen, die ausreichend für das Lesen und Verstehen der im Studium verwendeten englischsprachigen Literatur sowie für die Teilnahme an englischsprachigen Lehrveranstaltungen sind (erforderlich sind mindestens Englischkenntnisse auf dem Niveau B2 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER)) und
 - d) die Prüfung zum weiterbildenden Masterstudiengang „Marketing“ (MBA) oder zum weiterbildenden Masterstudiengang „Marketing Executive Program“ nicht endgültig nicht bestanden haben und hierüber eine entsprechende Erklärung abgeben.

Die unter a), b) und d) genannten Voraussetzungen sind ausschließlich schriftlich nachzuweisen. Der Nachweis unter c) wird schriftlich, beispielsweise durch Vorlage eines entsprechenden TOEFL-Tests, geführt; in Zweifelsfällen wird außerdem ein Bewerbungsgespräch gem. Abs. 3 geführt.

Für Bewerber/-innen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, ist weitere Voraussetzung der schriftliche Nachweis von für die aktive Teilnahme an den Lehrveranstaltungen ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache. Der Nachweis wird gemäß den Bestimmungen der DSH-Prüfungsordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster erbracht; er ist nicht erforderlich für Bewerber/innen, deren Muttersprache Deutsch ist.

- (2) Als ein erster berufsqualifizierender Abschluss werden anerkannt:
- a) Bachelor in einem wissenschaftlichen Studiengang an einer Hochschule mit mindestens 210 LP (z. B. in Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Informatik, Wirtschaftsinformatik, Geisteswissenschaften)
 - b) Diplom, Master, Magister oder ein gleichwertiger Abschluss in einem wissenschaftlichen Studiengang an einer Hochschule mit mindestens 210 LP

Vergleichbare Abschlüsse an einer ausländischen Hochschule werden ebenfalls anerkannt.

- (3) Wenn anhand der von der Bewerberin / dem Bewerber gem. Abs. 1 vorzulegenden schriftlichen Unterlagen nicht zweifelsfrei ersichtlich ist, ob die gem. Abs. 1 c) erforderlichen Sprachkenntnisse vorhanden sind, wird ein 20minütiges Bewerbungsgespräch auf Englisch mit der Bewerberin / dem Bewerber geführt. Darin muss die Bewerberin / der Bewerber den Nachweis erbringen, dass sie / er mindestens über Englischkenntnisse verfügt, die ausreichend für das Lesen und Verstehen der im Studium verwendeten englischsprachigen Literatur sowie für die Teilnahme an englischsprachigen Lehrveranstaltungen sind; erforderlich sind mindestens Englischkenntnisse auf dem Niveau B2 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER). Das Gespräch wird von einer/einem vom Prüfungsausschuss gem. § 14 dieser Prüfungsordnung bestellten, englischen Muttersprachlerin/Muttersprachler geführt; es ist einschließlich der wesentlichen Inhalte und des Ergebnisses („Bestanden“ oder „Nicht bestanden“) von dieser/diesem zu protokollieren.
- (4) Die Überprüfung der Zugangs- und Zulassungsvoraussetzungen obliegt dem Prüfungsausschuss (§ 14 dieser Prüfungsordnung). Er kann die Zulassung unter dem Vorbehalt aussprechen, dass ein gültiger Studienvertrag mit der WWU Weiterbildung gemeinnützige GmbH vorgelegt wird.

In begründeten Fällen kann der Prüfungsausschuss Bewerber bzw. Bewerberinnen aufgrund der Anrechnung von besonderer nachgewiesener Qualifikationsleistungen, die von einem/einer Bewerber/in in seiner/ihrer vorangehenden beruflichen Praxis erbracht worden sind, auch zulassen, wenn diese einen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss erworben haben, der weniger als 210 LP umfasst. In diesen Fällen können bis zu 30 LP angerechnet werden. Die Qualifikationsleistungen müssen mit den Lernzielen des Studiengangs in Zusammenhang stehen und sind schriftlich nachzuweisen. Eine doppelte Anrechnung findet nicht statt.

Als Qualifikationsleistungen anrechenbar sind insbesondere

- a) theoretisches Fachwissen, nachgewiesen durch absolvierte Fort- und Weiterbildungen im Bereich des Strategischen Marketing-Management, des Internationalen Marketing-Management, des Managements von Wertschöpfungsnetzen und Marketing-Controlling, des Marken- und Kommunikationsmanagement, des Kundenmanagement und

Direktmarketing, des General Management und des Selbstmanagement und Führung. Außerdem können berufsbegleitend absolvierte Prüfungen (Steuerberater-/Wirtschaftsprüferexamen) angerechnet werden.

- b) praktisches Fachwissen, nachgewiesen durch einschlägige Tätigkeiten mit Bezug zum Studiengang. Die Einschlägigkeit der Tätigkeit ist dann anzunehmen, wenn diese insbesondere in Unternehmensbereichen wie Personalmanagement, Produktentwicklung, Controlling, Marketing, Vertrieb, Einkauf, Strategie und Planung oder Key-Account-Management ausgeübt wird. Absolvierte Praktika oder Berufsausbildungen können angerechnet werden, wenn sie inhaltlichen Bezug zum Studiengang aufweisen.
- c) berufliche Handlungs-Kompetenzen (z.B. Führung von Mitarbeitern in der privaten Wirtschaft oder der öffentlichen Verwaltung, Managementaufgaben im Team, Übernahme von Verantwortung, Treffen von Entscheidungen, selbständiges Handeln)
- d) besondere Kompetenzen (z.B. Lösung komplexer Problemstellungen, Einsatz praktischer Fertigkeiten, Kreativität und Innovation, Kommunizieren von Ideen, Problemen, Lösungen)

Die Anrechnungsvoraussetzungen sind in jedem Einzelfall individuell festzustellen. Eine pauschale Anrechnung von Berufserfahrung findet nicht statt.

- (5) Die Entscheidung über die Zulassung wird der Bewerberin/dem Bewerber vom Prüfungsausschuss mittels schriftlichen Bescheids bekannt gegeben, der von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder ihrer/seiner Stellvertretung unterschrieben wird. Wird eine Bewerberin/ein Bewerber nicht zum Studium zugelassen, ist dieser Bescheid zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 5

Regelstudienzeit, Studienbeginn, Studienumfang

- (1) Die Regelstudienzeit beträgt 24 Monate, diese Zeit schließt die Abschlussprüfungen mit ein.
- (2) Das Studium kann i.d.R. alle 18 Monate aufgenommen werden. Die konkreten Termine werden vom Prüfungsausschuss festgelegt und rechtzeitig bekannt gegeben.
- (3) Mit mindestens ausreichenden (4,0) Prüfungsleistungen zu jedem Modul einschließlich der Masterarbeit erwerben die Studierenden Leistungspunkte (LP). Für einen erfolgreichen

Abschluss des Studiums sind insgesamt 90 LP zu erwerben. Für den Erwerb eines LP wird ein Arbeitsaufwand von 25 Stunden zugrunde gelegt. Das Gesamtvolumen des Studiums entspricht einem Arbeitsaufwand von 1664 Stunden. Das Studium hat einen Umfang von 586 Stunden in Form von Präsenzlehrveranstaltungen. Für die schriftlichen und mündlichen Präsenzprüfungen werden zusätzlich 22 Stunden sowie ca. 720 Stunden für die Master-Arbeit angesetzt. Ein LP entspricht einem Credit-Point nach dem ECTS (European Credit Transfer System).

- (4) Die im Präsenzstudium vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten werden erweitert und vertieft durch projektorientierte Hausarbeiten und Fallstudien, Praktika sowie ein Selbststudium der Studierenden anhand der dafür vorgegebenen Literatur sowie von bereit gestelltem Material.
- (5) Bei Studierenden mit einem wissenschaftlichen Hochschulabschluss mit mindestens 240 LP (z.B. Universitätsdiplom) erfolgt auf Antrag eine Reduzierung des Studienumfangs um bis zu zwei Module mit jeweils 6 LP auf 78 bzw. 84 LP. Die Reduzierung kann nur für die Module 3-7 beantragt werden; der Antrag ist schriftlich beim Prüfungsausschuss zu stellen.

§ 6

Aufbau des Studiums

- (1) Das Lehrprogramm des Weiterbildungsstudienganges ist modular aufgebaut. Jedes Modul besteht aus einer Präsenzphase und einer Phase des Selbststudiums. Das Studium setzt sich aus 8 Modulen sowie einer Praxisphase mit Projektarbeit und der Masterarbeit mit Disputation zusammen. Die Module werden in Veranstaltungsblöcken angeboten. Die Präsenzveranstaltungen finden i.d.R. in Münster statt. Modul 2 findet an einem ausländischen Veranstaltungsort statt.
- (2) Die Präsenzveranstaltungen werden in Form von praktischen Übungen, Seminaren oder vergleichbaren Lehrveranstaltungen angeboten.
- (3) Die Abschlussprüfung (§ 8) besteht aus einer Masterarbeit und einer Disputation.
- (4) Die Module und Studiumsbestandteile sind nach Inhalt und Umfang wie folgt strukturiert:

Modul	Gegenstand des Moduls	Leistungspunkte
1	Strategisches Marketing-Management	6

2	Internationales Marketing-Management	6
3	Management von Wertschöpfungsnetzen und B2B-Marketing	6
4	Marken- und Kommunikationsmanagement	6
5	Kundenmanagement und Direktmarketing	6
6	General & Digital Management	6
7	Selbstmanagement und Führung	6
8	Fallstudienseminar	6
9	Praxisphase und Projektarbeit	12
10	Masterarbeit und Disputation	30
Summe		90

- (5) Die Lehrveranstaltungen der Module zielen darauf ab, in den verschiedenen Fachgebieten der Betriebswirtschaft aus der Perspektive des Marketing möglichst umfassende Kenntnisse zu vermitteln, einen Einblick in die vielfältigen Methoden, Fragestellungen und Problemlösungen der Gebiete zu geben und die Studierenden zu befähigen, aus den in den Gebieten verfügbaren vielfältigen wissenschaftlichen Erkenntnissen diejenigen auszuwählen, die für höchst unterschiedliche Problemstellungen in der Praxis von Bedeutung sind. Einige der Lehreinheiten sind dem Erwerb persönlicher Arbeitstechniken gewidmet.
- (6) Im zweiten Modul werden zusätzlich im Rahmen eines Auslandsaufenthaltes nationale und internationale Kontakte aufgebaut und Erfahrungswissen durch Vor-Ort-Trainings vermittelt. Inhaltlich werden Möglichkeiten zur Lösung länderübergreifender Herausforderungen erarbeitet, die im Zeitalter zunehmender Globalisierung verstärkten Einfluss auf die Unternehmensführung haben.

§ 7

Prüfungsleistungen

- (1) Die Prüfungen zum Erwerb des Abschlussgrades werden studienbegleitend abgenommen.
- (2) Die Module 1 – 7 werden in der Regel mit einer Modul-Abschlussprüfung in Form einer zweistündigen Klausur abgeschlossen, die sich auf das zugehörige Modul bezieht und mit der die Kandidatin/der Kandidat nachweisen soll, dass sie/er in begrenzter Zeit und mit

begrenzten Hilfsmitteln die einschlägigen Sachverhalte darstellen, Probleme des Faches erkennen sowie adäquate Wege zu einer wissenschaftlich fundierten Lösung finden kann. Dabei gelten die Studierenden mit der Teilnahme an den Lehrveranstaltungen dieser Module als für die zugehörigen Modulabschlussprüfungen angemeldet und zugelassen, sofern bis 4 Wochen vor einem Prüfungstermin kein davon abweichender schriftlicher Antrag der/des Studierenden beim Prüfungsausschuss eingeht. Für Wiederholungsprüfungen gilt § 12. An die Stelle dieser Klausur kann im Rahmen des jeweiligen Moduls eine 30-minütige mündliche Prüfung auf der Basis einer vorbereiteten schriftlichen Ausarbeitung, deren Thema mit dem Prüfer abzustimmen ist, oder eine 30-minütige Präsentation treten. In dem Zusammenhang legt der Prüfungsausschuss im Benehmen mit den Prüfenden mindestens zwei Monate vor einem Prüfungstermin die Prüfungsform, die Prüfungsmodalitäten und die Bearbeitungszeit beziehungsweise die Dauer der Prüfungsleistungen für alle Prüflinge der jeweiligen Prüfung einheitlich und verbindlich fest und gibt sie bekannt.

- (3) Im achten Modul müssen die Studierenden zwei Fallstudien aus den Themenbereichen der Module 1-7 erfolgreich bearbeiten. Die Bearbeitungszeit beträgt für die erste Fallstudie 6 Wochen, für die zweite 2 Tage; die Ausgabetermine werden vom Prüfungsausschuss im Benehmen mit den Prüferinnen/Prüfern festgelegt und frühzeitig bekannt gegeben. Für Wiederholungsprüfungen gilt § 12.
- (4) In der Projektarbeit zu einer speziellen Problemstellung des Marketing soll der Kandidat/die Kandidatin zeigen, dass er/sie eigenständig auf Basis wissenschaftlicher Literatur Problemlösungen erarbeiten kann. Die Themen der Projektarbeit orientieren sich an der Praxisphase im Unternehmen. Die Projektarbeit umfasst maximal 15 Textseiten und eine Bearbeitungszeit von 6 Wochen. Die Projektarbeit muss im Rahmen der Seminarveranstaltungen präsentiert und verteidigt werden. Präsentation und Verteidigung dauern je ca. 30 Minuten; bezüglich der Anmeldung und der Zulassung gelten Abs. 2., Satz 2 und 3 entsprechend.
- (5) Das Studium endet mit der Abschlussprüfung nach § 8 dieser Prüfungsordnung.
- (6) Alle Prüfungsleistungen sind zu bewerten. Dabei sind folgende Noten zu verwenden:
 - 1,0 = sehr gut (eine hervorragende Leistung)
 - 2,0 = gut (eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt)
 - 3,0 = befriedigend (eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht)
 - 4,0 = ausreichend (eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt)

5,0 = nicht ausreichend (eine Leistung, die den Anforderungen wegen erheblicher Mängel nicht genügt)

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können durch Erniedrigen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 Zwischenwerte gebildet werden; Die Noten „0,7“ „4,3“, „4,7“ und „5,3“ sind dabei ausgeschlossen.

- (7) Eine Prüfungsleistung ist bestanden, wenn ihre Gesamtnote mit mindestens ausreichend (4,0) bewertet worden ist. Für die Bewertung der Masterarbeit gilt § 8 Abs. 11.
- (8) Die Bewertung von mündlichen Prüfungsleistungen ist den Studierenden spätestens zwei Wochen, die Bewertung von schriftlichen Prüfungsleistungen spätestens 10 Wochen nach Erbringung der Leistung mitzuteilen. Für die Masterarbeit gilt § 8 Abs. 11, für die mündliche Abschlussprüfung (Disputation) § 8 Abs. 13.
- (9) Weist eine/ein Studierende/r durch ärztliches Zeugnis nach, dass sie/er wegen einer chronischen Erkrankung oder einer Behinderung nicht in der Lage ist, eine Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder in der vorgesehenen Frist oder Bearbeitungszeit abzulegen, so hat die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag ihr/ihm zu gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen bzw. hat die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag ihr/ihm die Fristen bzw. die Bearbeitungszeiten entsprechend zu verlängern. Zur Glaubhaftmachung einer chronischen Erkrankung oder Behinderung kann dabei die Vorlage geeigneter Nachweise verlangt werden; hierzu zählen insbesondere ärztliche Atteste oder, falls vorhanden, Behindertenausweise. Bei Entscheidungen nach Satz 1 ist auf Wunsch der/des Studierenden die/der zuständige Behindertenbeauftragte/Vertreter für Studierende mit Behinderung und chronisch Erkrankte zu beteiligen.

§ 8

Abschlussprüfung

- (1) Die Abschlussprüfung besteht aus einer schriftlichen Abschlussprüfung in Form der Masterarbeit und einer mündlichen Prüfung in Form einer Disputation.
- (2) Zur schriftlichen Abschlussprüfung, der Masterarbeit, wird auf Antrag beim Prüfungsausschuss zugelassen, wer
 - a) vom Prüfungsausschuss nach § 4 zum Masterstudiengang „Marketing“ (MBA) zugelassen ist,

- b) die in § 7 Abs. 2 dieser Prüfungsordnung genannten Modulabschlussprüfungen mit der Note von 4,0 (ausreichend) oder besser bestanden hat und
- c) die nach § 7 Abs. 4 anzufertigende Projektarbeit einschließlich Präsentation und Verteidigung mit der Note von 4,0 (ausreichend) oder besser bestanden hat.

Für Studierende, denen das Studienvolumen gem. § 5 Abs. 5 reduziert wurde, verringern sich die unter b) genannten Zulassungsvoraussetzungen entsprechend dem Umfang der Reduzierung.

(3) Zur mündlichen Prüfung (Disputation) wird auf Antrag beim Prüfungsausschuss zugelassen, wer

- a) vom Prüfungsausschuss nach § 4 zum weiterbildenden Masterstudiengang „Marketing“ (MBA) zugelassen ist,
- b) die in § 7 Abs. 2 dieser Prüfungs- und Studienordnung genannten Modulabschlussprüfungen mit der Note von 4,0 (ausreichend) oder besser bestanden hat und
- c) die nach § 7 Abs. 4 anzufertigende Projektarbeit einschließlich Präsentation und Verteidigung mit der Note von 4,0 (ausreichend) oder besser bestanden hat und
- d) die Masterarbeit mit der Note von 4,0 (ausreichend) oder besser bestanden hat.

Für Studierende, denen das Studienvolumen gem. § 5 Abs. 5 reduziert wurde, verringern sich die unter b) genannten Zulassungsvoraussetzungen entsprechend dem Umfang der Reduzierung.

- (4) Über den Antrag auf Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss. Wird die Zulassung versagt, erteilt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hierüber einen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen ist.
- (5) Die Masterarbeit soll zeigen, dass die/der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Zeit ein Entscheidungsproblem aus den in § 6 Abs. 4 genannten Themengebieten nach wissenschaftlichen Methoden selbständig zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen.
- (6) Die Masterarbeit wird von einer/einem gemäß § 15 bestellten Prüferin/Prüfer ausgegeben und betreut. Für die Wahl der Themenstellerin/des Themenstellers sowie für die Themenstellung hat die/der Studierende ohne Rechtsanspruch ein Vorschlagsrecht. Die

Ausgabe des Themas der Masterarbeit erfolgt auf Antrag der/des Studierenden im Auftrag des Prüfungsausschusses durch die Geschäftsstelle gemäß § 14 Abs. 7. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.

- (7) Die Bearbeitungszeit für die Masterarbeit beträgt 6 Monate. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Arbeit (max. 50 Seiten) sind so zu begrenzen, dass die Bearbeitungsfrist eingehalten werden kann.
- (8) Auf begründeten Antrag der/des Studierenden kann die Bearbeitungsfrist für die Masterarbeit in Ausnahmefällen einmalig um höchstens vier Wochen verlängert werden. Liegen schwerwiegende Gründe vor, die eine Bearbeitung der Masterarbeit erheblich erschweren oder unmöglich machen, kann die Bearbeitungsfrist auf Antrag der/des Studierenden entsprechend verlängert werden. Schwerwiegende Gründe in diesem Sinne können insbesondere eine akute Erkrankung der/des Studierenden oder unabänderliche technische Gründe sein. Ferner kommen als schwerwiegende Gründe in Betracht die Notwendigkeit der Betreuung eigener Kinder bis zu einem Alter von zwölf Jahren oder die Notwendigkeit der Pflege oder Versorgung der Ehegattin/des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin/des eingetragenen Lebenspartners oder einer/eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese/dieser pflege- oder versorgungsbedürftig ist. Über die Verlängerung gemäß Satz 1 und Satz 2 entscheidet der Prüfungsausschuss. Auf Verlangen des Prüfungsausschusses hat die/der Studierende das Vorliegen eines schwerwiegenden Grundes nachzuweisen. Statt eine Verlängerung der Bearbeitungsfrist zu gewähren, kann der Prüfungsausschuss in den Fällen des Satzes 2 auch ein neues Thema für die Masterarbeit vergeben, wenn die/der Studierende die Masterarbeit insgesamt länger als ein Jahr nicht bearbeiten konnte. In diesem Fall gilt die Vergabe eines neuen Themas nicht als Wiederholung im Sinne von § 12.
- (9) Mit Genehmigung des Prüfungsausschusses kann die Masterarbeit in einer anderen Sprache als Deutsch abgefasst werden. Die Arbeit muss ein Titelblatt, eine Inhaltsübersicht und ein Quellen- und Literaturverzeichnis enthalten. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, müssen in jedem Fall unter Angabe der Quellen der Entlehnung kenntlich gemacht werden. Die/Der Studierende fügt der Arbeit eine schriftliche Versicherung hinzu, dass sie/er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht hat. Die Versicherung ist auch für Tabellen,

Skizzen, Zeichnungen, bildliche Darstellungen usw. abzugeben.

- (10) Die Masterarbeit ist fristgemäß beim Prüfungsausschuss in zweifacher Ausfertigung (maschinenschriftlich, gebunden und paginiert) sowie zusätzlich zum Zweck der optionalen Plagiatskontrolle in geeigneter digitaler Form einzureichen, wobei eine frist- und ordnungsgemäße Einreichung nur dann vorliegt, wenn sowohl die schriftlichen Ausfertigungen als auch die digitale Form vor Ablauf der Bearbeitungsfrist eingereicht werden. Welche Formen der digitalen Einreichung als geeignet angesehen werden, wird von dem Prüfungsausschuss bekannt gegeben. Die/Der Studierende fügt der Arbeit eine schriftliche Erklärung über ihr/sein Einverständnis hinzu, mit einer zum Zweck der Plagiatskontrolle vorzunehmenden Speicherung der Arbeit in einer Datenbank so wie ihrem Abgleich mit anderen Texten zwecks Auffindung von Übereinstimmungen. Der Abgabzeitpunkt der Masterarbeit ist aktenkundig zu machen. Wird die Masterarbeit nicht fristgemäß vorgelegt, gilt sie gemäß § 10 Abs. 1 als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.
- (11) Die Masterarbeit ist von zwei Prüferinnen/Prüfern zu begutachten und zu bewerten. Eine der Prüferinnen/der Prüfer soll diejenige/derjenige sein, die/der das Thema gestellt hat. Die zweite Prüferin/Der zweite Prüfer wird von dem Prüfungsausschuss bestimmt. Die einzelne Bewertung ist entsprechend § 7 Abs. 6 vorzunehmen und schriftlich zu begründen. Die Note für die Arbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen entsprechend § 9 Abs. 2, Satz 2 und 3 ermittelt, sofern die Differenz nicht mehr als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz mehr als 2,0 oder lautet eine Bewertung „nicht ausreichend“, die andere aber „ausreichend“ oder besser, wird von dem Prüfungsausschuss eine dritte Prüferin/ein dritter Prüfer zur Bewertung der Masterarbeit bestimmt. In diesem Fall wird die Note der Arbeit aus dem arithmetischen Mittel der drei Noten gebildet. Die Arbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei Noten „ausreichend“ oder besser sind.
- (12) Das Bewertungsverfahren für die Masterarbeit soll zehn Wochen, im Fall eines dritten Gutachtens 12 Wochen nicht überschreiten.
- (13) Die mündliche Prüfung wird in Form einer Disputation abgenommen. In ihr soll der Kandidat/die Kandidatin zeigen, dass er/sie die Zusammenhänge der Studiumsinhalte erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag und über ein hinreichend breites Grundlagenwissen verfügt. Die Disputation erstreckt sich auf das Thema der Masterarbeit und an die Masterarbeit angrenzende Gebiete. Die

Disputation wird durch einen Vortrag des Kandidaten/der Kandidatin über die zentralen Thesen der Masterarbeit eingeleitet. Sie dauert einschließlich Vortrag etwa dreißig Minuten und wird von 2 Prüferinnen/Prüfern abgenommen; die einzelne Bewertung ist entsprechend § 7 Abs. 6 vorzunehmen, anschließend wird die Gesamtnote für die Disputation aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen entsprechend § 9 Abs. 2, Satz 2 und 3 ermittelt. Die wesentlichen Gegenstände und die Note der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von den Prüferinnen/den Prüfern zu unterzeichnen ist; die Note ist den Studierenden spätestens zwei Wochen nach Erbringung der Leistung mitzuteilen.

§ 9

Erwerb des Hochschulgrades, Gesamtnote

- (1) Zum Erwerb des Grades "Master of Business Administration" (MBA) muss:
 - a) Die Zulassung zur Abschlussprüfung nach § 8 Abs. 2 und 3 erteilt worden sein.
 - b) Die mündliche Abschlussprüfung und
 - c) die Masterarbeit mit mindestens 4,0 „ausreichend“ bewertet worden sein.
- (2) Die Gesamtnote des Abschlusszeugnisses ergibt sich als mit den jeweiligen Leistungspunkten gewichtetes Mittel der Leistungen aus den Noten der Modulabschlussklausuren, der Projektarbeit, der Fallstudien, der mündlichen Abschlussprüfung und der Masterarbeit. Dezimalstellen außer der ersten werden ohne Rundung gestrichen.

Das nunmehr ermittelte Ergebnis ergibt folgende Noten:

1,0 – 1,5 sehr gut

1,6 – 2,5 gut

2,6 – 3,5 befriedigend

3,6 – 4,0 ausreichend

4,1 – 5,0 nicht ausreichend

Zusätzlich zur Gesamtnote wird anhand des erreichten Zahlenwerts eine relative Bewertung nach Maßgabe der ECTS-Bewertungsskala festgesetzt.

§ 10

Versäumnis, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn der Prüfling zu einem Prüfungstermin ohne wichtigen Grund nicht erscheint oder nach Zulassung zur Prüfung ohne wichtigen Grund von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt wenn eine schriftliche Prüfungsleistung bzw. die Masterarbeit nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird. Rücktritt ist nur aus triftigem Grund möglich. Über die Anerkennung eines wichtigen Grundes sowie über einen Ersatztermin entscheidet der Prüfungsausschuss. Als triftiger Grund kommen insbesondere krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit und die Inanspruchnahme von Schutzzeiten nach den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes und von Fristen des Bundeserziehungsgeldgesetzes über die Elternzeit oder die Pflege oder Versorgung des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin/des eingetragenen Lebenspartners oder einer/eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese/dieser pflege- oder versorgungsbedürftig ist, in Betracht.
- (2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis nach Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der/des Studierenden kann die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ein ärztliches Attest verlangen. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe nicht an, wird der/dem Studierenden dies schriftlich mitgeteilt.
- (3) Der/die Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann für den Fall, dass eine krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit geltend gemacht wird, jedoch zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich oder einen anderen Nachweis als sachgerecht erscheinen lassen, unter den Voraussetzungen des § 63 Abs. 7 HG ein ärztliches Attest von einer Vertrauensärztin/einem Vertrauensarzt verlangen. Zureichende tatsächliche Anhaltspunkte im Sinne des Satzes 1 liegen dabei insbesondere vor, wenn die/der Studierende mehr als vier Versäumnisse oder mehr als zwei Rücktritte gemäß Absatz 1 zu derselben Prüfungsleistung mit krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit begründet hat. Die Entscheidung ist der/dem Studierenden unverzüglich unter Angabe der Gründe sowie von mindestens drei Vertrauensärztinnen/Vertrauensärzten der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, unter denen sie/er wählen kann, mitzuteilen.
- (4) Versucht der Prüfling das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende

Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Die Feststellung der Tatsachen wird von den jeweils prüfenden oder Aufsicht führenden Personen getroffen und aktenkundig gemacht. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die gesamte Prüfung als für nicht bestanden erklären. Die Gründe sind aktenkundig zu machen.

- (5) Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann durch die jeweils prüfenden oder Aufsicht führenden Personen – in der Regel nach Abmahnung – von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. Die betreffende Prüfungsleistung gilt in diesem Fall als insgesamt mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die gesamte Prüfung für nicht bestanden erklären. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen.

§ 11

Ungültigkeit der Prüfung

- (1) Täuscht der Prüfling bei einer Prüfung und wird dies nach Erhalt des Prüfungszeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Prüfling die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung über die Rechtsfolgen.
- (3) Dem/Der Betroffenen ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.
- (5) Hinsichtlich des Hochschulgrades gilt §17.

§ 12

Wiederholung von Prüfungsleistungen

Erstmals nicht bestandene Prüfungsleistungen der Module 1 bis 9 können auf Antrag beim Prüfungsausschuss zweimal im Rahmen des regulären Veranstaltungsverlaufs wiederholt werden, die Masterarbeit und ihre Disputation einmal. Im Ausnahmefall kann der Prüfungsausschuss für die Wiederholung einer Modulabschlussprüfung, die nicht bestanden wurde, oder der Masterarbeit und ihrer Disputation eine Prüfung auch außerhalb des regulären Veranstaltungsverlaufs ansetzen. Wird eine Prüfungsleistung im letzten Wiederholungsversuch nicht bestanden, wird der Hochschulgrad gemäß § 3 endgültig nicht verliehen. Letztmalige Wiederholungsprüfungen von Prüfungsleistungen der Module 1 bis 9 sind von zwei Prüferinnen/Prüfern zu bewerten. Dabei ist die einzelne Bewertung entsprechend § 7 Abs. 6 vorzunehmen; anschließend wird die Gesamtnote für die jeweilige letztmalige Wiederholungsprüfung aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen entsprechend § 9 Abs. 2 Satz 2 und 3 ermittelt. Für die Bewertung von letztmaligen Wiederholungsprüfungen der Masterarbeit gilt § 8 Absatz 11, für die Bewertung von letztmaligen Wiederholungsprüfungen der Disputation § 8 Absatz 13.

§ 13

Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Studien- und Prüfungsleistungen, die in dem gleichen Studiengang an anderen Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, es sei denn, dass hinsichtlich der zu erwerbenden Kompetenzen wesentliche Unterschiede festgestellt werden. Dasselbe gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen der Westfälischen Wilhelms-Universität oder anderer Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes erbracht worden sind.
- (2) Für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die in staatlich anerkannten Fernstudien, in vom Land Nordrhein-Westfalen mit den anderen Ländern oder dem Bund entwickelten Fernstudieneinheiten, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien, in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen oder in einem weiterbildenden Studium gemäß § 62 HG erbracht worden sind, gilt der Absatz 1 entsprechend.
- (3) Maßstab für die Feststellung, ob wesentliche Unterschiede bestehen oder nicht bestehen, ist ein Vergleich von Inhalt, Umfang und Anforderungen, wie sie für die erbrachte Leistung vorausgesetzt worden sind, mit jenen, die für die Leistung gelten, auf die hin anerkannt werden soll. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und

Gesamtbewertung vorzunehmen. Für Studien- und Prüfungsleistungen, die an ausländischen Hochschulen erbracht worden sind, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend. Im Übrigen kann bei Zweifeln an der Vergleichbarkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

- (4) Auf Antrag können sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen anerkannt werden, sofern diese den Studien- bzw. Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind.
- (5) Werden Leistungen auf Prüfungsleistungen anerkannt, sind ggfs. die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anerkennung wird im Zeugnis gekennzeichnet. Führt die Anerkennung von Leistungen, die unter unvergleichbaren Notensystemen erbracht worden sind, dazu, dass eine Modulnote nicht gebildet werden kann, so wird dieses Modul nicht in die Berechnung der Gesamtnote mit einbezogen.
- (6) Die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen sind von den Studierenden einzureichen. Die Unterlagen müssen Aussagen zu den Kenntnissen und Qualifikationen enthalten, die jeweils anerkannt werden sollen. Bei einer Anerkennung von Leistungen aus Studiengängen sind in der Regel die entsprechende Prüfungsordnung samt Modulbeschreibung sowie das individuelle Transcript of Records oder ein vergleichbares Dokument vorzulegen.
- (7) Zuständig für Anerkennungsentscheidungen ist der Prüfungsausschuss. Vor Feststellungen über die Vergleichbarkeit bzw. das Vorliegen wesentlicher Unterschiede sind die zuständigen Fachvertreterinnen/Fachvertreter zu hören.
- (8) Die Entscheidung über Anerkennungen ist der/dem Studierenden spätestens vier Wochen nach Stellung des Antrags und Einreichung aller erforderlichen Unterlagen mitzuteilen. Im Falle einer Ablehnung erhält die/der Studierende einen begründeten Bescheid.

§ 14

Prüfungsausschuss

- (1) Für die ordnungsgemäße Durchführung und Aufsicht der Prüfungen sowie für die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät einen Prüfungsausschuss, der sich aus drei hauptamtlich an der Westfälischen

Wilhelms-Universität Münster tätigen Hochschullehrern/Hochschullehrerinnen zusammensetzt.

- (2) Die drei an der Westfälischen Wilhelms-Universität tätigen Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät für die Dauer von drei Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied ist durch Nachbestellung für den noch nicht abgelaufenen Teil der Amtszeit zu ersetzen. Der Prüfungsausschuss wählt seinen/seine Vorsitzenden/Vorsitzende und den/die Stellvertreter/ in für den gleichen Zeitraum.
- (3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet der Fakultät regelmäßig über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der Bearbeitungszeiten für die Masterarbeit sowie über die Verteilung der Modul- und Gesamtnoten. Der Bericht ist in geeigneter Weise offen zu legen. Der Prüfungsausschuss entscheidet über Widersprüche. Außerdem gibt der Prüfungsausschuss Anregungen zur Reform der Studienpläne und der Prüfungsordnung; Hierzu sollen in oder vor den entsprechenden Sitzungen regelmäßig Stellungnahmen der/des für den Masterstudiengang zuständigen Studienkoordinatorin/Studienkoordinators eingeholt werden.
- (4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei seiner Mitglieder anwesend sind, darunter die/der Vorsitzende oder seine Vertretung. Darüber hinaus dürfen Beschlüsse des Prüfungsausschusses auch durch schriftliche oder elektronische Abstimmung gefasst werden, ohne dass eine Sitzung tatsächlich durchgeführt wird, wenn kein Mitglied widerspricht. Dies gilt nicht für Beschlüsse zur Änderung der Prüfungsordnung und zur Zurückweisung von Widersprüchen gegen Prüfungsentscheidungen sowie bei Wahlen. Bei Beschlussfassungen durch schriftliche oder elektronische Abstimmungen ist den Mitgliedern eine Überlegungsfrist von einer Woche während der Vorlesungszeit und zwei Wochen während der vorlesungsfreien Zeit einzuräumen. Ein Beschluss ist erst dann gefasst, wenn die Mehrheit ausdrücklich zugestimmt hat. Nach Ablauf der Frist sind die Mitglieder unverzüglich über die so getroffene Entscheidung zu informieren.
- (5) Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen. Er kann seine Aufgaben für alle Regelfälle dem/der Vorsitzenden übertragen. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche.
- (6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheitspflicht. Sofern sie nicht im

öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die/den Vorsitzende/-n zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

- (7) Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses ist das Dekanat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

§ 15

Prüfer/Prüferinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer/Prüferinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen.
- (2) Prüfer/Prüferinnen sind Professoren/Professorinnen und wissenschaftliche Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, die im Regelfall im Studiengang mitgewirkt haben.
- (3) Zum Beisitzer/Zur Beisitzerin kann nur bestellt werden, wer eine einschlägige Diplom- oder Masterprüfung oder eine gleich- oder höherwertige Prüfung abgelegt hat..
- (4) Die Prüferinnen/Prüfer und Beisitzerinnen/Beisitzer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig. Für schriftliche Prüfungsleistungen können akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auftrag der Prüferin/des Prüfers Aufgaben entwerfen und Vorkorrekturen durchführen.
- (5) Mündliche Prüfungen werden, vorbehaltlich des § 8 Abs. 13, vor einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart einer Beisitzerin/eines Beisitzers abgelegt. Vor der Festsetzung der Note hat die Prüferin/der Prüfer die Beisitzerin/den Beisitzer zu hören. Die wesentlichen Gegenstände und die Note der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von der Prüferin/dem Prüfer und der Beisitzerin/dem Beisitzer zu unterzeichnen ist. Für Wiederholungsprüfungen gilt § 12.
- (6) Studierenden des gleichen Studienganges soll bei mündlichen Prüfungen, unter der Voraussetzung, dass sie nicht die inhaltsgleiche Prüfung ablegen müssen, die Teilnahme als Zuhörerinnen und Zuhörer ermöglicht werden, sofern nicht eine Kandidatin oder ein Kandidat widerspricht. Die Teilnahme erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Kandidatinnen und Kandidaten.
- (7) Schriftliche Prüfungsleistungen im Rahmen von Modulen werden von einer Prüferin/einem Prüfer bewertet. Wiederholungsprüfungen sind gem. § 12 zu bewerten. Für die Bewertung der Masterarbeit gilt § 8 Abs. 12.

§ 16

Abschlusszeugnis und Verleihung des Hochschulgrades

- (1) Über die Gesamtnote wird ein Abschlusszeugnis ausgestellt. Darüber hinaus werden das Thema und die Note der Masterarbeit aufgenommen, sowie die einzelnen Modulabschlussnoten. Bei Studierenden, denen das Studienvolumen gemäß § 5 Absatz 5 reduziert wurde, werden die erlassenen Module mit Verweis auf § 5 Absatz 5 entsprechend gekennzeichnet. Das Zeugnis ist von dem/der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterschreiben.
- (2) Mit bestandener Abschlussprüfung erhält der/die Absolvent/in eine Urkunde, mit der die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät den akademischen Grad eines „Master of Business Administration“ (MBA) verleiht. Die Aushändigung der Urkunde berechtigt den/die Empfänger/in, den in § 3 dieser Prüfungsordnung genannten Hochschulgrad zu führen. Die Urkunde wird von dem/der Dekan/in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät unterzeichnet und gesiegelt.
- (3) Zusammen mit dem Abschlusszeugnis und der Urkunde wird dem Absolventen / der Absolventin eine Zusammenfassung der Studieninhalte (Diploma Supplement) ausgehändigt.

§ 17

Aberkennung des Hochschulgrads

- (1) Der gemäß § 16 Abs. 2 erworbene akademische Grad kann aberkannt werden, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben worden ist, oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind. § 11 gilt entsprechend.
- (2) Über die Aberkennung entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 18

Einsicht in die Studienakten

Der/dem Studierenden wird auf Antrag nach Abschluss jeder Prüfungsleistung Einsicht in ihre/seine Arbeiten, die Gutachten der Prüferinnen/Prüfer und die entsprechenden Protokolle gewährt. Der Antrag ist spätestens innerhalb von 4 Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses

der Prüfungsleistung beim Prüfungsausschuss zu stellen; dieser bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme. Gleiches gilt für die Masterarbeit.

§ 19

Inkrafttreten und Geltungsbereich, Übergangsregelungen

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den „Amtlichen Bekanntmachungen“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in Kraft.
- (2) Sie gilt für alle Studierenden, die das Studium ab dem 01. Oktober 2017 aufnehmen.
- (3) Studierende der vorangegangenen Kohorten, die nach der „Prüfungsordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für das weiterbildende Masterstudium „Marketing Executive Program“ vom 18. Januar 2016“ (AB Uni 2016/02) oder nach der „Prüfungs- und Studienordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für das weiterbildende Masterstudium „Marketing Executive Program“ vom 14. November 2013“ (AB Uni 2013/42) studieren, können auf schriftlichen, beim Prüfungsausschuss zu stellenden Antrag voll umfänglich in diese Prüfungsordnung wechseln; davon unabhängig gilt für sie statt der bisherigen die mit dieser Prüfungsordnung einhergehende Fassung des § 13.“

Artikel II

1. Diese Änderungsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den „Amtlichen Bekanntmachungen“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in Kraft.
2. Sie gilt für alle Studierenden, die das Studium ab dem 01. Oktober 2017 aufnehmen.
3. Studierende der vorangegangenen Kohorten, die nach der „Prüfungsordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für das weiterbildende Masterstudium „Marketing Executive Program“ vom 18. Januar 2016“ (AB Uni 2016/02) oder nach der „Prüfungs- und Studienordnung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für das weiterbildende Masterstudium „Marketing Executive Program“ vom 14. November 2013“ (AB Uni 2013/42) studieren, können auf schriftlichen, beim Prüfungsausschuss zu stellenden Antrag voll umfänglich in diese Ordnung wechseln; davon unabhängig gilt für sie statt der bisherigen die mit dieser Änderungsordnung einhergehende Fassung des § 13.“

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 05. Juli 2017. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Münster, den 25. Juli 2017

Der Rektor



Prof. Dr. Johannes Wessels

Zweite Ordnung zur Änderung der Ordnung für das Praxissemester der
Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 10. Juni 2014
vom 26.07.2017

Artikel 1

Die Ordnung für das Praxissemester der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 10. Juni 2014 wird wie folgt geändert:

1. Teil A erhält folgende Fassung:

Modulbeschreibung für das Praxissemester

Unterrichtsfach	
Studiengang	Master of Education Lehrämter G, HRSGe, GymGe, BK
Modul	Praxissemester für die Master of Education-Studiengänge
Modulnummer	

1	Basisdaten
Fachsemester der Studierenden	2. bzw. 3.
Leistungspunkte (LP)/ Workload (h) insgesamt	25 LP (12 LP Hochschule, 13 LP Schule)/ 750 h (360 h Hochschule, 390 h Schule)
Dauer des Moduls	1 Semester
Status des Moduls	Pflichtmodul

2	Profil
Zielsetzung des Moduls / Einbindung in das Curriculum	
<p>Im Praxissemester sollen die im Hochschulstudium erworbenen fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und bildungswissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten mit handlungsbezogenen Kompetenzziele verknüpft werden. Dabei steht nicht die Vermittlung von Handlungsrountinen im Vordergrund. Vielmehr geht es um die Initiierung, Fundierung und Begleitung eines Prozesses „Forschenden Lernens“, in dessen Rahmen eine individuelle, kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit Theorieansätzen, Praxisphänomenen und der eigenen Lehrerpersönlichkeit stattfindet. Das Praxissemester vermittelt den Studierenden zudem zentrale Voraussetzungen für das selbstständige Unterrichten und Erziehen im Vorbereitungsdienst, u. a. in den Bereichen Planung und Strukturierung von Unterricht, Umsetzung fachlicher Schwerpunkte, Lehrer-Schüler-Beziehung, Diagnostik, individuelle Förderung und Klassenführung.</p> <p>Das Modul Praxissemester dient insgesamt der Herstellung, Überprüfung und Weiterentwicklung der Anschlussfähigkeit von fachdidaktischen und bildungswissenschaftlichen Theorieangeboten und theoriegeleiteten Praxisentwürfen zur unterrichtlichen Praxisreflexion sowie zu berufsspezifischen Professionalisierungsinteressen. Dabei geht es um eine für die individuelle Kompetenzentwicklung von Studierenden produktive Verknüpfung der wissenschaftlich-theoretischen Perspektive der Hochschule und der schulischen Berufspraxis.</p>	
Lehrinhalte des Moduls	
<p>Die Studierenden erarbeiten im Rahmen dieser Handlungsfelder exemplarisch die Planung, Durchführung und Auswertung zweier Studienprojekte und verschiedener Unterrichtsvorhaben – in jedem Fach ist dies mindestens ein Unterrichtsvorhaben. Studienprojekte können auch im Rahmen von Unterrichtsvorhaben durchgeführt werden, sofern das organisatorisch umsetzbar ist. Aus den Bereichen</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1. Unterrichtsfach / Lernbereich / Berufliche Fachrichtung • 2. Unterrichtsfach / Lernbereich / Berufliche Fachrichtung • Bildungswissenschaften <p>sind zwei auszuwählen, in denen ein Studienprojekt durchgeführt wird.</p> <p>Die Studierenden nehmen zur Vorbereitung auf das Praxissemester und zu dessen Begleitung an fachdidaktischen und bildungswissenschaftlichen praxisbezogenen Studien an der Hochschule teil,</p>	

die an der Entwicklung einer forschenden Grundhaltung ausgerichtet sind. Die praxisbezogenen Studien können auch gemeinsam von Lehrenden aus der Fachdidaktik und den Bildungswissenschaften oder in Kooperationen mit Lehrenden der ZfsL (Zentren für schulpraktische Lehrerbildung) durchgeführt werden. Im Praxisfeld Schule wird den Studierenden Unterstützung bei der Konzeption, Umsetzung und schriftlichen Auswertung ihrer Studienprojekte und Unterrichtsvorhaben, bei der Entwicklung einer forschenden Lernhaltung und bei der Reflexion ihrer Praxiserfahrungen angeboten.

Lernergebnisse (Wissen und Kompetenzen) des Moduls

Die Absolventinnen und Absolventen des Praxissemesters sind befähigt, grundlegende Elemente schulischen Lehrens und Lernens auf der Basis von Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Bildungswissenschaften an Schulen zu planen, durchzuführen und zu reflektieren. Indem diese Fähigkeiten mit den Erfahrungen in der Schulpraxis verknüpft werden, verfügen die Studierenden über grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten zur Erfüllung der Lehrerfunktionen: Unterrichten, Erziehen, Diagnostizieren/ Fördern, Beraten, Leistung messen und beurteilen, Verwalten, Organisieren und Innovieren.

Die Studierenden sind in der Lage, theoretische Kenntnisse und praktische Lehrerfahrungen zu reflektieren und sie sind sich ihres pädagogischen Selbstverständnisses bewusst. Sie verfügen über die Fähigkeit, ein eigenes professionelles Selbstkonzept zu entwickeln, indem sie sich kritisch-konstruktiv mit der eigenen Lehrer/innenrolle bzw. Lehrer/innenpersönlichkeit auseinandersetzen. Die Studierenden verfügen weiter über die Fähigkeit zur Reflexion von Grundstrukturen des Kommunikationsprozesses zwischen Fachwissenschaften und Fachdidaktiken. Sie besitzen die Fähigkeit zur Planung und Umsetzung von fachlichen Erkenntnissen in ausgewählten Praxisbereichen und sind in der Lage, diese auf der Grundlage einer forschenden Lernhaltung kritisch zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Die Studierenden sind in der Lage, problembezogen und fachspezifisch geeignete Untersuchungsverfahren für den Bereich der Schul- und Unterrichtsforschung auszuwählen. Sie verfügen über die Bereitschaft und Fähigkeit, Praxiserfahrungen und professionsbezogene Fragestellungen unter Nutzung von Untersuchungsmethoden zu dokumentieren und auszuwerten. Sie können ein Untersuchungsdesign für eigene weiterführende Studien entwerfen. Die Studierenden können dabei veröffentlichte Studien aus dem Bereich der Schul- und Unterrichtsforschung methodenkritisch reflektieren.

3 Struktureller Aufbau						
Komponenten des Moduls						
Nr.	Typ	Lehrveranstaltung	Status	LP	Workload	
					Präsenzzeit/ SWS	Selbststudium
1.		Praxisphase am Lernort Schule und in den ZfsL				
		Praxisphase am Lernort Schule und in den ZfsL	[x] P [] WP	13		390 h
2.		Praxisbezogene Studien in Bildungswissenschaften				
	PS	Praxisbezogene Studien in Bildungswissenschaften mit Studienprojekt	[] P [x] WP	5	45 h/3 SWS	105 h
	PS	Praxisbezogene Studien in Bildungswissenschaften ohne Studienprojekt	[] P [x] WP	2	45 h/3 SWS	15 h

3.		Praxisbezogene Studien für das Lehramt G				
	PS	Praxisbezogene Studien im Fach / Lernbereich ohne Studienprojekt	[] P [x] WP	2	45 h/ 3 SWS	15 h
	PS	Praxisbezogene Studien im Fach / Lernbereich mit Studienprojekt	[] P [x] WP	5	45 h/ 3 SWS	105 h
		Näheres regelt die Anlage 1 „Praxisbezogene Studien der Fächer im Praxissemester“				
4.		Praxisbezogene Studien für das Lehramt HRSGe				
	PS	Praxisbezogene Studien im Fach ohne Studienprojekt	[] P [x] WP	2	45 h/ 3 SWS	15 h
	PS	Praxisbezogene Studien im Fach mit Studienprojekt	[] P [x] WP	5	45 h/ 3 SWS	105 h
		Näheres regelt die Anlage 1 „Praxisbezogene Studien der Fächer im Praxissemester“				
5.		Praxisbezogene Studien für das Lehramt GymGe				
	PS	Praxisbezogene Studien im Fach ohne Studienprojekt	[] P [x] WP	2	45 h/ 3 SWS	15 h
	PS	Praxisbezogene Studien im Fach mit Studienprojekt	[] P [x] WP	5	45 h/ 3 SWS	105 h
		Näheres regelt die Anlage 1 „Praxisbezogene Studien der Fächer im Praxissemester“				
6.		Praxisbezogene Studien für das Lehramt BK				
	PS	Praxisbezogene Studien im Fach ohne Studienprojekt	[] P [x] WP	2	45 h/ 3 SWS	15 h
	PS	Praxisbezogene Studien im Fach mit Studienprojekt	[] P [x] WP	5	45 h/ 3 SWS	105 h
		Näheres regelt die Anlage 1 „Praxisbezogene Studien der Fächer im Praxissemester“				

Wahlmöglichkeiten innerhalb des Moduls	<p>Die Veranstaltung <i>Praxisphase am Lernort Schule</i> des Pflichtbereichs (unter Punkt 3 der Modulbeschreibung) ist verbindlich zu absolvieren. Im Bereich der „praxisbezogenen Studien“ können zwei Arten von Veranstaltungen unterschieden werden: „praxisbezogene Studien mit Studienprojekt“ und „praxisbezogene Studien ohne Studienprojekt“.</p> <p>In zwei der Veranstaltungen „praxisbezogene Studien“ wird ein Studienprojekt erbracht. Die Dokumentation der zwei Studienprojekte ist dann Gegenstand der MAP (siehe 4 – Prüfungskonzeption).</p> <p>In der dritten Veranstaltung (ohne Studienprojekt) wird lediglich eine Studienleistung erbracht.</p> <p>Aus den Wahlpflichtveranstaltungen belegen die Studierenden, die nicht für das Lehramt G studieren, für jeden der drei Bereiche (Fach 1, Fach 2, Bildungswissenschaften) je eine Veranstaltung „praxisbezogene Studien“, und zwar eine ohne Studienprojekt (2 LP) und zwei mit Studienprojekt (5 LP).</p>
--	--

		<p>Studierende des Lehramts an Grundschulen wählen neben der Veranstaltung „praxisbezogene Studien“ in Bildungswissenschaften zwei ihrer drei studierten Unterrichtsfächer/Lernbereiche für das Praxissemester aus. Die Lernbereiche Sprachliche Grundbildung und Mathematische Grundbildung dürfen dabei nicht kombiniert werden. Studierende des Großfachs Kunst belegen neben der Veranstaltung „praxisbezogene Studien“ in Bildungswissenschaften zwei weitere Veranstaltungen „praxisbezogene Studien“ im Fach Großfach Kunst.</p> <p>Studierende einer großen beruflichen Fachrichtung im berufsbegleitenden Masterstudiengang für das Lehramt BK belegen neben der Veranstaltung „praxisbezogene Studien“ in Bildungswissenschaften zwei weitere Veranstaltungen „praxisbezogene Studien“, und zwar einmal in der großen beruflichen Fachrichtung und einmal in der kleinen.</p>		
4		Prüfungskonzeption – in Passung zu den Lernergebnissen (vgl. 2. Profil)		
Prüfungsleistung(en)				
MAP/MP/ MTP	Art	Dauer/ Umfang	Anbindung an LV Nr.	Gewichtung Modulnote
MAP	<p>Theoriebasierte Praxisreflexion je Studienprojekt in Form einer Hausarbeit</p> <p>Gegenstand der Modulabschlussprüfung ist die Dokumentation der zwei Studienprojekte. Im Rahmen einer theoriebasierten Praxisreflexion sollen Planung, Durchführung und Evaluation dieser beiden Studienprojekte dokumentiert werden. Die beiden Schwerpunkte liegen nach Wahl entweder in zwei Fächern oder in einem Fach und den Bildungswissenschaften. Beurteilt wird die Qualität der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit schulischen Fragen des Lehrens und Lernens, nicht die unterrichtsbezogene Tätigkeit. Die Dokumentation ist zwei Prüfern/Prüferinnen zur Begutachtung vorzulegen. Prüfer/innen sind jeweils die Lehrenden derjenigen beiden Veranstaltungen „praxisbezogene Studien“, in denen die Studienprojekte durchgeführt wurden. Beide Prüfer/Prüferinnen geben jeweils eine Note, deren arithmetisches Mittel die Endnote der MAP ist. Die MAP ist insgesamt bestanden, wenn beide Prüfer jeweils mindestens die Note 4,0 vergeben. Dezimalstellen außer der ersten werden ohne Rundung gestrichen. Die Note lautet</p>	Der Praxissemesterbericht richtet sich nach den fächer-spezifischen Gegebenheiten und sollte 20 Seiten nicht überschreiten (je ca.10 Seiten pro Studienprojekt)		100%

	<p>bei einem Wert bis einschließlich 1,5 = sehr gut; von 1,6 bis 2,5 = gut; von 2,6 bis 3,5 = befriedigend; von 3,6 bis 4,0 = ausreichend; über 4,0 = nicht ausreichend“.</p> <p>Die Abgabe von schriftlichen Prüfungs- und Studienleistungen durch die/den Studierende/n bei den zuständigen Prüfer/innen erfolgt i. d. R. nicht später als 6 Wochen nach Abschluss der Praxisphase. Die Korrektur durch eine/n Prüfer/in erfolgt i. d. R. nicht später als 8 Wochen nach Erhalt der Leistung.</p> <p>Die Abgabefristen für schriftliche Leistungen sollten so gewählt werden, dass eine Verbuchung im Semester des schulpraktischen Teils möglich ist. Die Verbuchung der Leistungen erfolgt in der Regel im Verwaltungszeitraum des Prüfungssemesters.</p>			
Studienleistung(en)				
Art		Dauer/ Umfang	Anbindung an LV Nr.	
<p>Die Studienleistung wird in der Veranstaltung „praxisbezogene Studien“ erbracht, in der kein Studienprojekt durchgeführt wurde. Gegenstand ist die theoriebasierte Praxisreflexion der schulpraktischen Erfahrungen im jeweiligen Fach.</p>		<p>Schriftliche Ausarbeitung im Umfang von ca. 3 S. Die Ausgestaltung richtet sich nach den fächerspezifischen Gegebenheiten und sollte den angegebenen Umfang nicht überschreiten.</p>		
Gewichtung der Modulnote für die Mastergesamtnote		12 / 107		

5	Voraussetzungen
Modulbezogene Teilnahmevoraussetzungen	keine

Vergabe von Leistungspunkten	Die Leistungspunkte für das Modul werden angerechnet, wenn das Modul insgesamt erfolgreich abgeschlossen wurde, d. h. alle Prüfungs- und Studienleistungen rechtzeitig eingereicht und bestanden sind und die Praxisphase am Lernort Schule absolviert wurde.
Regelungen zur Anwesenheit	Die Studierenden sind verpflichtet, im Rahmen des Moduls mind. 390 Zeit-Stunden am Lernort Schule inklusive der Begleitformate für die schulische Praxis in den ZfsL zu absolvieren. Nähere Erläuterungen finden sich im Teil B „Bestimmungen für die Durchführung des Schulpraktischen Teils des Praxissemesters in den Master-Lehramtsstudiengängen“. Es gilt Anwesenheitspflicht im Rahmen der praxisbezogenen Studien. Sofern die Anwesenheitspflicht nach der Art der Veranstaltung ausnahmsweise nicht gerechtfertigt ist, entfällt diese. Die erforderlichen Feststellungen trifft der Fachbereichsrat. Sollte Anwesenheitspflicht festgestellt sein, legen die jeweiligen Lehrenden zu Beginn der Veranstaltung ein angemessenes Kontingent zulässiger Fehlzeiten fest. Während des Schulpraktischen Teils kann ferner seitens der Hochschule gemäß LABG und Praxiselemente-Erlass Anwesenheit für Studientage in der Hochschule im Rahmen von bis zu 20 Tagen, bei maximal 1 Tag pro Woche anberaumt werden.

6	Angebot des Moduls	
Turnus / Taktung	Jedes Semester	
Modulbeauftragte/r	Jedes lehramtsausbildende Fach stellt eine/n Modulbeauftragte/n für das Praxissemester. Die Abteilung Praxisphasen und die/der fachübergreifende Modulbeauftragte des ZfL unterstützt die Fächer in Hinblick auf die organisatorisch-formale Abwicklung und unterstützt die Modulbeauftragten der Fächer.	
Anbietende Lehreinheit(en)	Alle lehramtsausbildenden Fachbereiche	

7	Mobilität / Anerkennung	
Verwendbarkeit in anderen Studiengängen	keine	
Modultitel englisch	Teaching Placement	
Englische Übersetzung der Modulkomponenten	LV Nr. 1:	
	LV Nr. 2:	
	...	

8	LZV-Vorgaben	
Fachdidaktik (LP)	Modul gesamt: 0-2 LP; Näheres ist in einer Anlage geregelt.	
Inklusion (LP)	Modul gesamt: 0-2 LP; Näheres ist in einer Anlage geregelt.	

9	Sonstiges
	<p>Alle Leistungen, die als Studien- und Prüfungsleistungen erbracht wurden, können Gegenstand der Beratung im Bilanz- und Perspektivgespräch in den ZfsL sein.</p> <p>Alle Dokumentationen, die im Rahmen von Prüfungs- und Studienleistungen erbracht werden sowie die Dokumentation von Leistungen aus den Veranstaltungen der Zsfl sind Bestandteil des ausbildungsübergreifenden Praxisphasen-Portfolios. Das Portfolio-Konstrukt der Universität Münster ist das PePe-Portfolio.</p> <p>Hinweis zur Gewichtung der Modulnote (siehe Punkt 4): Die Gewichtung der Modulnote ergibt sich aus den tatsächlich von der Hochschule gestalteten Anteilen am Praxissemester im Umfang von 12 LP (siehe dazu auch § 12(3) LABG). Die Lehramtszugangsverordnung (LZV) legt außerdem fest, dass die am Lernort Schule durchgeführten Praxisanteile bewertungsfrei bleiben sollen.</p> <p>Die beteiligten Fächer haben die Möglichkeit, im Rahmen des Anhangs zur Praxissemesterordnung Zugangsvoraussetzungen für die Absolvierung des Moduls „Praxissemester“ zu benennen.</p>

2. Teil B, § 12 Satz 2 entfällt

Artikel 2

Artikel 1 Nr. 1 gilt für alle Studierenden, die ab dem 15. Februar 2019 erstmals am schulpraktischen Teil des Praxissemesters teilnehmen und die zum 1. Oktober 2018 noch keine Leistungen für das Praxissemester angemeldet haben. Studierende, die zum 1. Oktober 2018 bereits Leistungen angemeldet haben, können auf Antrag das Praxissemester nach Maßgabe dieser Ordnung absolvieren. Bereits erbrachte Leistungen werden in diesem Fall angerechnet, sofern sie den nach Maßgabe dieser Ordnung zu erbringenden Leistungen gleichwertig sind.

Studierende, die ab dem 15. Februar 2020 erstmals am schulpraktischen Teil des Praxissemesters teilnehmen, müssen das Praxissemester gemäß dieser Änderungsordnung studieren. Bereits erbrachte Leistungen werden in diesem Fall angerechnet, sofern sie den nach Maßgabe dieser Ordnung zu erbringenden Leistungen gleichwertig sind. In begründeten Einzelfällen, wie zum Beispiel Elternzeit, längerfristiger eigener Erkrankung oder der Notwendigkeit der Pflege von Angehörigen, kann das ZfL von der Anwendung dieser Übergangsregelung abweichen.

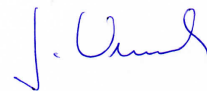
Artikel 3

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 14. Juni 2017. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Münster, den 26. Juli 2017

Der Rektor



Prof. Dr. Johannes Wessels

Verwaltungs- und Benutzungsordnung für das Zentrum für Niederlande-Studien der WWU

vom 23.06.2017

Aufgrund des § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Hochschulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen hat der Senat der Westfälischen Wilhelms-Universität die folgende Verwaltungs- und Benutzungsordnung erlassen:

§ 1 Name und Rechtsstellung

- (1) Das Zentrum für Niederlande-Studien ist eine Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung gemäß §29 HG.
- (2) Das Zentrum für Niederlande-Studien führt die Kurzbezeichnung „ZNS“.

§ 2 Aufgaben und Ziele

- (1) Das ZNS befasst sich in Lehre, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit mit den Niederlanden und Deutschland sowie den Beziehungen und Austauschprozessen zwischen diesen Ländern. Ein zentrales Ziel des ZNS besteht zudem darin, durch vergleichende Betrachtungen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den zwei Nachbarstaaten zu analysieren. Untersucht werden vor allem historische und gesellschaftliche Zusammenhänge, wirtschafts- und politikwissenschaftliche Themen sowie kultur- und kommunikationswissenschaftliche Fragestellungen.
- (2) In diesem Rahmen sind die Aufgaben und Ziele des ZNS insbesondere folgende:
 1. Das Angebot multidisziplinär und binational ausgerichteter Studiengänge
 2. Die Durchführung von Forschungstätigkeiten und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses
 3. Die Organisation von wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen
 4. Die Kooperation mit externen, vor allem niederländischen Universitäten, Wissenschaftlern, Künstlern, Sachkundigen und Bürgern in den Bereichen Lehre, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit. Durch die Tätigkeiten des ZNS soll zudem der Austausch zwischen beiden Ländern gefördert werden.
- (3) Das ZNS entscheidet über den Einsatz seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie über die Verwendung der ihm zugewiesenen Sachmittel.

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder des ZNS sind die Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung, die dem ZNS zugewiesene Stellen einnehmen.
- (2) Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden können alle Studierenden sein, die für den Bachelor- oder den Masterstudiengang Niederlande-Deutschland-Studien an der WWU eingeschrieben sind. Die Aufnahme erfolgt auf formlosen Antrag durch den Vorstand.
- (3) Des Weiteren können Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie akademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Westfälischen Wilhelms-Universität, deren Stellen nicht dem ZNS zugewiesen sind, als Mitglieder berufen werden. Die Aufnahme erfolgt auf formlosen Antrag durch den Vorstand.
- (4) Die Mitgliedschaft von Studierenden und Mitgliedern gemäß Absatz 3 kann durch eine formlose Erklärung des jeweiligen Mitglieds, die gegenüber dem Vorstand abzugeben ist, beendet werden.

§ 4 Organe

Organe des ZNS sind:

1. der Vorstand
2. die Direktorin/der Direktor
3. das Kuratorium

§ 5 Vorstand

- (1) Die Leitung des ZNS obliegt dem Vorstand.
- (2) Dem Vorstand des ZNS gehören bis zu vier Mitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, eine Vertreterin/ein Vertreter aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine Vertreterin/ein Vertreter aus der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung sowie eine Vertreterin/ein Vertreter aus der Gruppe der Studierenden an.
- (3) Die Vertreterinnen/Vertreter aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer werden von den entsprechenden Mitgliedern gewählt, wenn dem ZNS mehr als vier Mitglieder dieser Gruppe angehören. Wenn bis zu vier Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer dem ZNS angehören, sind diese sämtlich Mitglieder des Vorstands. In diesem Fall verfügen sie über mehrfaches Stimmrecht, und zwar vierfaches Stimmrecht bei einem Mitglied, zweifaches Stimmrecht bei zwei Mitgliedern, 1,33-faches Stimmrecht bei drei Mitgliedern. Die Vertreterin/der Vertreter aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Vertreterin/der Vertreter aus der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung werden von den entsprechenden Mitgliedern nach Gruppen getrennt gewählt. Die Vertreterin/der Vertreter aus der Gruppe der Studierenden wird aus der Mitte jener Studierenden gewählt, die von den Studierenden als Jahrgangsvorteilerinnen/-vorteiler gewählt wurden.
- (4) Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung beträgt zwei Jahre. Die Amtszeit des Vorstandsmitglieds aus der Gruppe der Studierenden beträgt ein Jahr.
- (5) Der Vorstand des ZNS entscheidet über Angelegenheiten von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung.
- (6) Entscheidungen werden mit Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Vorstands getroffen, bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Direktorin/des Direktors. Die Beschlüsse, Entscheidungen und Maßnahmen des Vorstands sind in einem Protokoll festzuhalten, das allen Mitgliedern des ZNS unverzüglich durch die Direktorin/den Direktor zugestellt wird.
- (7) Der Vorstand des ZNS soll mindestens einmal pro Semester zusammentreten.
- (8) Der Vorstand des ZNS ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Er gilt als beschlussfähig, solange seine Beschlussunfähigkeit nicht auf Antrag eines Vorstandsmitglieds festgestellt ist.

§ 6 Die Direktorin/der Direktor

- (1) Die Direktorin/des Direktors des ZNS wird vom Vorstand aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren gewählt. Sie/Er muss eine Stelle besetzen, die dem ZNS zugewiesen ist. Die Entscheidung über die Dauer der Amtszeit ist vom Vorstand vor der Wahl zu treffen.
- (2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die Stelle der Direktorin/des Direktors einer Hochschullehrerin/einem Hochschullehrer im Rahmen des Berufungsverfahrens zugewiesen wurde. In diesem Fall ist diese Hochschullehrerin/dieser Hochschullehrer Direktorin/Direktor des ZNS.

- (3) Die Direktorin/der Direktor hat insbesondere folgende Aufgaben:
1. Vertretung des ZNS gegenüber den Organen, Gremien und Einrichtungen der Westfälischen Wilhelms-Universität und Führung der Geschäfte des ZNS in eigener Zuständigkeit
 2. Einführung und Leitung der Vorstandssitzungen des ZNS, Ausführung der getroffenen Beschlüsse
- (4) Die Direktorin/der Direktor ist den Mitgliedern des Vorstands gegenüber auskunfts- und rechenschaftspflichtig
- (5) Zur Unterstützung der Direktorin/des Direktors bestellt diese/dieser eine Geschäftsführerin/einen Geschäftsführer. Die Geschäftsführerin/der Geschäftsführer nimmt als beratendes Mitglied an den Vorstandssitzungen des ZNS teil.

§ 6 Das Kuratorium

- (1) In beratender Funktion steht dem ZNS ein Kuratorium zur Seite, welches aus Vertretern verschiedener Bereiche des öffentlichen Lebens in Deutschland und den Niederlanden besteht.
- (2) Der Arbeit des Kuratoriums liegt eine Ordnung zugrunde, dessen geltende Fassung zu Beginn jeder Sitzung bestätigt wird.

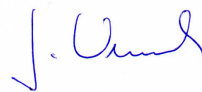
§ 7 Inkrafttreten

- (1) Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Westfälischen Wilhelms-Universität in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Ordnung tritt die bisherige Verwaltungs- und Benutzungsordnung des Zentrums für Niederlandstudien vom 15. März 2000 außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Westfälischen Wilhelms-Universität vom 14.06.2017. Die vorstehende Ordnung wird hiermit verkündet.

Münster, den 23. Juni 2017

Der Rektor



Prof. Dr. Johannes Wessels